Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 30 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 35 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige, amtliche Zeile 45 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 22 — Sonnabend, den 26. Januar 1924 — 19. Jahrgang

Die politischen Vorgänge in England und ihre Lehren für uns.

Von Dr. Külz, M. d. R.

Die in England sich jetzt abspielenden innerpolitischen Vorgänge sind für deutsche Verhältnisse im wesentlich stärkerem Maße lehrreich, als gemeinhin erkannt wird.

England hat seinerzeit in viel langsamerer und organischerer Entwicklung als Deutschland den Uebergang vom Agrarstaat zum Industrie- und Handelsstaat durchgemacht. Die Folge davon war, daß die sozialen Probleme der Arbeitnehmerschaft nicht in gleich unvermittelter Weise wie in Deutschland das politische und wirtschaftliche Leben bedrängten, sondern daß sich die führenden Gesellschafts- und Wirtschaftsschichten mit all diesen Fragen viel glücklicher und in einer für die Beteiligten viel befriedigenderen Weise abfanden, als bei uns. Der Klassenkampfgedanke fand infolgedessen in England einen viel weniger günstigen Nährboden als in Deutschland, und das politische Zweiparteiensystem der Konservativen und Liberalen wurde in England lange Zeit durch eine politisch sich auswirkende Arbeiterbewegung fast gar nicht gestört.

Die neuere Zeit hat hierin einen grundlegenden Wandel gebracht. Der Krieg brachte, genau so wie in Deutschland, so auch in England die breiten Massen des arbeitenden Volkes zum Bewußtsein ihrer politischen Machtstellung, aber während sich in Deutschland die Konsequenzen hiervon in revolutionärem Aufschreißen der Staatsgewalt durch die Sozialdemokratie ergaben, setzte sich in England die Arbeiterpartei in organischem Werden ohne alle unnormalen Eingriffe in den geordneten Staatsbetrieb als Mitträger der Staatsautorität durch. Enge parteipolitische Einstellung liegt der britischen Arbeiterpartei bei ihrem Streben nach der politischen Macht fern: ihr Führer Macdonald tut diesen engherzigen Standpunkt mit dem unserer Sozialdemokratie linker sächsischer Richtung sehr zur Beachtung zu empfehlenden Satze ab: „Der Sozialismus ist kein fest umschriebener Begriff und kann sich durchaus den Umständen anpassen.“ Maßgebend für die Arbeiterpartei sind tatsächlich staatspolitische Rücksichten; ihnen ordnet sich ihre Parteieinstellung unter, und nicht umgekehrt, wie das bei uns noch vielfach geschieht. Dieses Verantwortlichkeitsgefühl geht besonders klar aus der Tatsache hervor, daß die Arbeiterpartei im gleichen Augenblick, wo durch die Annahme ihres Mißtrauensvotums die Regierung Baldwin gestürzt wurde die Regierungsverantwortung in vollem Umfange selbst zu übernehmen bereit ist. Man vergleiche damit das Verhalten verschiedener Parteien in Deutschland, die das Ministerstürzen fast sportmäßig betrieben, ohne aber daran zu denken, die aktive Staatsverantwortung selbst zu übernehmen. Strenge nationales Verantwortlichkeitsgefühl zeigt die Arbeiterpartei auch nach außen. Internationale Utopien werden auf das peinlichste vermieden. Das britische Prestige, das unter der konservativen Regierung schwer gelitten hat, in Europa wieder herzustellen, ist die vornehmste Aufgabe, die sich die Arbeiterpartei nach außen hin selbst gesetzt hat. Alles in allem: Wir sehen in England im staatlichen Organismus sich in aller Ruhe und Gesetzmäßigkeit eine Entwicklung vollziehen, die bei uns unter revolutionären Wehen und Nachwehen, unter schweren Abirrungen von den staatspolitischen Notwendigkeiten und unter gefährlichen parteipolitischen Experimenten vor sich gegangen ist.

Und doch wird auch in England der Rückschlag nicht ausbleiben. Nicht etwa deshalb, weil der auf Tradition haltende Brite sich mit dem Gedanken einer Arbeiterregierung stimmungsmäßig nicht abfinden könne. Das ist nicht der Fall, denn in der Labour Party sind viele frühere Anhänger der Konservativen und der Liberalen übergegangen und manche von den jetzigen Ministern der Arbeiterregierung stehen sozial und gesellschaftlich dem Alt-England viel näher als den Arbeitern so der Marineminister Oberst Wedgewood, der von den Liberalen gekommen ist, der Kolonialminister Ponsonby, der aus dem höfischen und diplomatischen Dienst zur Arbeiterpartei kam, der Kultusminister Trevelyan, der als einer der reichsten Großgrundbesitzer Unterstaatssekretär im früheren Kabinett Asquith war.

Die Gefahren für die Regierung Macdonald liegen in den gleichen Erscheinungen begründet, die bisher in Deutschland in noch viel stärkerem Maße die einzelnen Regierungen gefährdeten: in den wirtschaftlichen und politischen Folgen des verlorenen Krieges. Ja, auch England gehört zu den Verlierern des Krieges. An Frankreich hat es jeden Anteil an eine Vormachtstellung in Europa verloren, an Amerika hat es seine Stellung als Weltgeldmacht verloren, und die Meinung, daß mit der Niederwerfung Deutschlands jeder Engländer reicher werden würde, hat sich als blutiger Irrtum erwiesen: Das durch die Ausschaltung Deutschlands aus dem Gleichgewicht geworfene Weltwirtschaftsgetriebe weist für England Passivfaktoren auf, die es in diesem Ausmaß bisher nicht kannte: Rückgang des Handels und starke Erwerbslosenziffern. Es wird auch in England mit einer politisch so geschulten Bevölkerung keine Regierung geben, die mit einem Schlag und umfassend alle diese Mißerscheinungen beseitigen könnte. Keine Regierung wird von Mißerfolgen verschont bleiben und diese Mißerfolge werden dem politischen Gegner mehr als sonst Gelegenheit geben, die jeweils am Ruder befindliche Regierung und die hinter ihr stehende Partei erfolgreich zu bekämpfen.

Als weiteres kommt hinzu, daß mit der gegenwärtigen Regierung erstmalig in der britischen Parlamentsgeschichte eine Minderheitsregierung auftritt und daß an Stelle des früheren Zweiparteiensystems im Parlaments- und Staatsleben mit einer Dreiparteienkonstellation gearbeitet werden muß. Selbstverständlich birgt auch die Außenpolitik gerade jetzt für jede britische Regierung besonders schwierige Probleme. Die Reparationsfrage ist eine britische Angelegenheit fast im gleichen Umfange geworden, wie es eine deutsche war, und der französische Imperialismus hat auch England gegenüber die Grenze des Erträglichen erreicht. So werden britische und deutsche Politik in der nächsten Zeit eine nicht unbeachtliche Strecke parallel laufen.

Daraus ergibt sich für die deutsche Politik die Aufgabe, keine Hemmungen auf dieser gemeinschaftlichen Bahn aufzurichten. Wir müssen konsequent fortfahren unsere eigenen Angelegenheiten soweit in Ordnung zu bringen, wie es ohne endgültige Regelung der Reparationslast überhaupt möglich ist. Ein wirtschaftlich gesundendes Deutschland wird den wirtschaftlichen und damit auch den politischen Aspirationen Englands immer näher stehen, als ein in wirtschaftlicher und politischer Apathie befindliches Deutschland. Die Zeichen mehren sich, Gott sei Dank, daß der Tiefstand überwunden ist. Allen, die für das deutsche Volk an verantwortlicher Stelle zu arbeiten haben, soll das ein Ansporn zur Verdoppelung ihrer Anstrengungen sein.

Die deutsche Goldnotenbank.

Informationen des „Petit Parisien“.

Der Berliner Korrespondent des „Petit Parisien“ will in der Lage sein, den Plan der deutschen Goldnotenbank so wie sie von Schacht beabsichtigt sei, mitteilen zu können und zwar bringt er folgendes:

Die Zeichnung finde nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland statt, wobei die deutschen und ausländischen Zeichner nicht verpflichtet seien, ihre Namen anzugeben, sie könnten auch durch Dritte zeichnen lassen. Hinsichtlich der deutschen Zeichner sei eine Amnestie vorgesehen. Die Reichsbank werde bei der Goldnotenbank mit einem Goldbetrag beteiligt sein, der nicht mit Hypotheken belastet sei. Die gezeichneten Beträge in Gold oder Devisen für das Kapital der Bank werden in einem neutralen Lande deponiert werden Der Aufsichtsrat bestehe ausschließlich aus Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens. Die Auszahlungen der Banknoten gegen Gold oder Devisen seien während eines Jahres garantiert. Das Bankgeheimnis werde ebenfalls durch das Reich und die Verträge mit den fremden Treuhändlern garantiert. Die Zeichnung gebe ein Anrecht auf eine in Gold zahlbare Dividende. Die Bank sei steuerabgabefrei. Vom Reingewinn erhebe das Reich zunächst 2 Prozent des Aktienkapitals vom Rest des Reingewinns würden die Aktionäre zunächst 5 Prozent erhalten und es sei eine Verteilung von 50 Prozent desjenigen Verdienstes vorgesehen, der etwa den Betrag dieser Dividende übertreffe. Die Goldnotenbank werde in Verbindung mit der Reichsbank arbeiten und so größere Ausgaben für Organisation und technisches Personal ersparen. Die Bank habe eine Garantiezeit von 26 Jahren. Bei Liquidation teilen sich die Zeichner in Kapital und Reserven. Wenn das Reich die Bank erwerbe, so erhalten die Zeichner das 20fache der mittleren Dividende für die fehlenden Jahre mindestens das Doppelte des nominalen Betrages. Das Reich erhalte nach Deponierung des Reservefonds und des eingezahlten Aktienkapitals die Hälfte des Ueberschusses der Dividende, der nach Abgabe von 5 Prozent an die Aktionäre übrig bleibt, im Falle der Liquidation die Hälfte des Reservefonds.

Der Korrespondent fährt nach dieser Darstellung fort: Dr. Schacht glaube, daß von Deutschland zwei Milliarden Goldmark sich im Auslande befinden. Die Goldnotenbank soll mit einem Kapital von einer Milliarde Goldmark gegründet werden und werde zunächst zwei Milliarden Mark, also 50 Prozent, gedeckt in Umlauf bringen. Sie werde später, wenn es nötig sei, drei Milliarden herausgeben, so daß der Bedarf an Goldzirkulation innerhalb Deutschlands gedeckt sei.

Wir geben die Ausführungen des „Petit Parisien“ mit dem ausdrücklichen Vorbehalt wieder, daß die Quelle seiner Informationen nicht bekannt ist.

Schachts Erläuterungen dazu.

Dr. Schacht hat einen Vertreter der Tel.-Union empfangen und sich hierbei auch über den Artikel des „Petit Parisien“ ausgesprochen, der lediglich ein Auszug aus einem von Schacht schon vor längerer Zeit veröffentlichten Leitartikel sei. Der Plan aber selber habe sich inzwischen verändert, da solche Dinge immer den jeweiligen Verhältnissen Rechnung tragen müßten. Er habe keinem Pressevertreter irgend welche Angaben gemacht. Für die Goldnotenbank, so wie er sie sich jetzt denke, seien keine internationalen Kredite vorgesehen: die Bank solle nur mit dem in Deutschland befindlichen Devisenbesitz begründet werden; dann allerdings sei internationales Kapital zur Beteiligung zugelassen. Dieser Unterschied aber sei von größter Wichtigkeit. Eine Finanzkontrolle lehne er ab. Nur in den Aufsichtsrat könnten Fremde, auch Neutrale eintreten. Ebenso sei eine Rheinische Bank als absurd abzulehnen.

Poincare und Dr. Schacht.

Ueber die Besprechungen zwischen Poincare und Dr. Schacht sind die Pariser Morgenblätter mit Mitteilungen außerordentlich zurückhaltend, aber Bedeutung ist den Ausführungen des diplomatischen Korrespondenten der „Daily Mail“ beizumessen, der von Poincare immer gut unterrichtet ist und der schreiben kann, daß die französische Regierung den Vorschlägen Schachts großen Wert beilegt und bei Durchführung dieser Vorschläge Frankreich ihnen keinerlei Widerstand bereiten würde.

Der „Petit Parisien“ mißt der Besprechung zwischen dem französischen Ministerpräsidenten und dem deutschen Reichsbankpräsidenten einen Wert bei, der nicht unterschätzt werden dürfe. Allerdings bestehe zwischen Schacht und den alliierten Sachverständigen wegen der finanziellen Wiederherstellung des Reiches noch kein volles Einvernehmen, aber einzelne Punkte seines Vorschlages über Gründung einer Emissionsbank auf Goldgrundlage würden sicherlich von ihnen in Erwägung gezogen. Schachts Anschauungen scheinen persönlich zu sein. Im Gegensatz zu Helfferich sei Schacht ein Mann von klarer Ueberlegung, der alle Fragen methodisch behandle und kühn anfasse. Schacht werde jetzt in Berlin sicher Gelegenheit finden, seinen Plan zu ergänzen und auch von den Anregungen Gebrauch machen, die ihm die Sachverständigen zugehen lassen.

Bei dieser Gelegenheit sei eine Lüge des „Eclair“ niedriger gehängt der sagt: Schacht werde wegen seiner versöhnlichen Haltung von den Deutschnationalen schwer bedroht. Einer soll ihm geschrieben haben, die Kugel die ihn töte, sei bereit. Es muß nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß Schacht während seines Pariser Aufenthalts es abgelehnt hatte, einen französischen Journalisten zu empfangen, sodaß also die Behauptung des „Eclair“ auf Erfindung beruhen muß.

Kohlenausfuhrverbot in Frankreich

Durch eine Verordnung ist die Ausfuhr und Wiederausfuhr von Kohle, Braunkohle und Koks verboten worden.

Die Höhe der Besatzungskosten.

Wir meldeten gestern, daß nunmehr die Besatzungskosten wieder bezahlt werden sollen, weil man sonst im Auswärtigen Amte eine Störung der im Gange befindlichen Verhandlungen befürchtet. Wie hoch sind nun diese Besatzungskosten? Eine Meldung der „Kölnischen Zeitung“ besagt, daß nach Schätzungen des Reichsfinanzministeriums sie sich auf mindestens 60—70 Millionen Goldmark im Monat belaufen. 20—25 Prozent der gesamten Reichsausgaben werden dadurch verschlungen.

Keine Milderung der Ruhrbesetzung.

Das „Journal“ meldet: In einer Sitzung des Finanzausschusses der Kammer sprach der Finanzminister de Lasteyrie, eine Aenderung bzw. Milderung der Ruhrbesetzung komme für Frankreich überhaupt nicht in Frage das Reparationsprogramm für das Ruhrgebiet sei bis vorläufig 1930 zwischen Frankreich und Belgien festgelegt worden.

Paris hintertreibt die amerikanischen Lebensmittelkredite für Deutschland.

„Daily Chronicle“ meldet aus Paris, der französische Ministerrat habe am 21. Januar den deutschen Antrag auf Priorität der amerikanischen Lebensmittelkredite in der vorliegenden Fassung endgültig abgelehnt.

Mac Kennas Zuversicht.

Mac Kenna erklärte auf der unter seinem Vorsitz abgehaltenen Generalversammlung der Midland-